

Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			33. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 05.03.2015	Sitzungsbeginn: 14:30 Uhr	Sitzungsende: 15:40 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Klaus Möhle (Sprecher der Deputation)			

Herr Klaus Möhle (Vorsitzender) begrüßt die Mitglieder und Gäste der Deputation. Er entschuldigt Frau Senatorin Stahmann und wünscht ihr und Frau Mauersberg gute Besserung.

Herr Möhle weist darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 3 „Fonds West „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“; Finanzbedarf 2015 und Fondsaufstockung 2016“ eine Neufassung der Vorlage verteilt wurde. Er weist ebenfalls darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 7 „Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG)“ auf Wunsch der Koalitionsfraktionen erneut ausgesetzt wird.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 05.02.2015
2. Produktbereichscontrollingbericht 2014 (13. Monat) für den Produktplan 41 – Jugend und Soziales – inkl. Bericht Sozialleistungen und Jahresabschluss 2014 sowie neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt (**Vorlage Nr. 140/15**)
3. Fonds West „ Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ – Finanzbedarf 2015 und Fondsaufstockung 2016 (**Vorlage Nr. 141/15**) - **Neufassung**
4. Aktuelle Information Flüchtlingsunterbringung (**Mündlicher Bericht**)
5. Berichterstattung gemäß dem Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz (**Vorlage Nr. 144/15**)
6. Budget für Arbeit: Modellprojekt zur Förderung behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (**Vorlage Nr. 145/15**)
7. Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) (**Vorlage Nr. 137/15**) – **ausgesetzt**
8. Fachkräftemangel in der Altenpflege stoppen! Ausbildungsplatzanzahl erhöhen! (Antrag der Fraktion der CDU vom 14.10.14, Drs. 18/1580) (**Vorlage Nr. 146/15**)
9. Verschiedenes

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 05.02.2015

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) erneuert seine Berichtsbitte aus der Sitzung am 05.02. zu Mutter-Kind-Einrichtungen im Land Bremen. Die Verwaltung sagt zu, diesen nachzuliefern.

Hinweis der Verwaltung: Eine entsprechende Tabelle ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll der Sitzung am 05.02.2015.

TOP 2: Produktbereichscontrollingbericht 2014 (13. Monat) für den Produktplan 41 – Jugend und Soziales – inkl. Bericht Sozialleistungen und Jahresabschluss 2014 sowie neue Zuständigkeiten im Produktgruppenhaushalt (Vorlage Nr. 140/15)

Die Verwaltung führt kurz ein und erläutert, dass es im Bereich der Flüchtlinge zu deutlichen Mehrausgaben kam. Die Mehrkosten für den beschlossenen Kitaausbau wurden vom Senat hinterlegt.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) hat Rückfragen zum Forderungsmanagement und zu den Einnahmen der Produktgruppe 41.04.02 „Hilfen zur Pflege“, die von der Verwaltung beantwortet werden.

Insgesamt wurden in 2014 sog. Sollstellungen an anderen Jugendämtern in Höhe von rund 7 Mio. Euro (7.020.150,- €) gebildet. Hiervon sind im Jahr 2014 rund 4,5 Mio. Euro (4.461.308,- €) eingegangen und in den ersten 2 Monaten des Jahres 2015 nochmals rund 400 T€. Also wurden von den 7 Mio. Euro in Rechnung gestellter Forderungen bisher rund 4,9 Mio. Euro beglichen. Offen sind demnach noch 2,1 Mio. Euro. Diese werden eng durch das Projekt Forderungsmanagement überwacht. Es handelt sich hier um Klärungen von Details im Rahmen der Rechnungsnachweise. Eine Zuständigkeitsanerkennung des auswärtigen Jugendamtes liegt i. d. R. vor.

Die Rechnungsstellung erfolgt im Jahr 2015 ebenfalls halbjährlich mit Unterstützung durch das Projekt Forderungsmanagement bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen.

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Produktbereichscontrollingbericht 2014 (13. Monat) und den Bericht Sozialleistungen, Stand 13. Monat, zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die neuen Verantwortlichkeiten im Produktgruppenhaushalt zur Kenntnis.

TOP 3: Fonds West „ Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ – Finanzbedarf 2015 und Fondsaufstockung 2016 (Vorlage Nr. 141/15) - Neufassung

Herr Möhle (Vorsitzender) führt kurz in die Vorlage ein. Es gibt keinen Wunsch zur Aussprache.

Einstimmiger Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung des Senats:

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Bereitstellung einer Liquiditätshilfe für den Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ zu mit dem Ziel die bestehenden Ansprüche der Betroffenen abgelten zu können und bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen um die weiteren haushaltsrechtlichen Veranlassungen.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bittet den Senat, sich an den Gesprächen des Bundes mit den Fonderrichtern zur Lösung der voraussichtlich notwendigen Aufstockung des Fonds in 2016 zu beteiligen.

TOP 4: Aktuelle Information Flüchtlingsunterbringung (Mündlicher Bericht)

Herr Dr. Bronke verteilt eine Übersicht der Zugangszahlen in der Stadt Bremen. Bundesweit kamen im Februar 2015 38.892 Flüchtlinge nach Deutschland, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 296 %. Nach Bremen kamen 327 Flüchtlinge, im Februar 2014 waren es noch 86.

Bundesweit war das Hauptherkunftsland Kosovo, diese Menschen kommen aber vorwiegend in Süddeutschland unter. In Bremen ist das Hauptherkunftsland immer noch Syrien. Seit Dienstag sind die Zugangszahlen aus dem Kosovo rückläufig.

Die Notmaßnahmen in den Gemeinschaftsräumen der Übergangwohnheime konnten wieder zurückgefahren werden, die Einrichtungen seien jedoch noch immer voll belegt. Morgenfrüh wird das neue ÜWH in der Lönningstraße und in Kürze das ÜWH im Klinikum Bremen Mitte vollständig belegt werden. Anfang April wird dann die neue ZASt in der Alfred-Faust-Str. fertig sein.

Der Beirat Blumenthal hat der Nutzung des ehemaligen Hotels Horn in der Kapitän-Dallmann-Str. zugestimmt und der Vertrag für das ÜWH in der Gabriel-Seidl-Str. ist unterschrieben.

Heute wird der Beirat in Walle über die Nutzung des Alten Zollamtes, des Zollhauses und der Erweiterung des ÜWHs Überseetor entscheiden. Der Beirat in Hemelingen wird heute über die Nutzung des Brekom-Gebäudes entscheiden und in der kommenden Woche stehen Beiratsentscheidungen für die Erweiterung des Standortes in der Steingutstr. und die Nutzung des Bundeswehrhauses an.

Als Notmaßnahme wurde die Herrichtung einer Messehalle vom 23. März bis zum 30. April für bis zu 150 Personen eingeleitet, im Anschluss sollen die Flüchtlinge im Bundeswehrhaus unterkommen.

Nachfragen von Herrn Tuncel (Fraktion Die Linke), Frau Mohammazadeh (Fraktion B'90/Die Grünen), Frau Gröhnert (Fraktion der CDU) und von Frau Schmidtke (Fraktion der SPD) beantwortet die Verwaltung wie folgt: die Belegung von Notunterkünften erfolgt immer nur für wenige Wochen, deshalb gibt es dazu kein normales Beiratsverfahren sondern eine Information über die Ortsamtsleitung. Es werden ständig Objekte und Flächen für eine mögliche Flüchtlingsunterbringung benannt und auch geprüft. Viele sind allerdings nicht nutzbar.

In der Gabriel-Seidl-Str. müssen lediglich Küchen eingebaut werden, dies wird ca. 6 Wochen dauern. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass die Nachbarn vor dem Verwaltungsgericht gegen eine Nutzung klagen werden. Dies kann zu weiteren Verzögerungen führen.

Beim alten Zollamt handelt es sich um eine Immobilie des Bundes, die Übernahmefragen sind geklärt. Der Abwasserkanal ist abgängig und im Gebäude sind Bleileitungen verlegt, die erneuert werden müssen. Es sollen dort unbegleitete minderjährige Jugendliche untergebracht werden, die konkrete Ausgestaltung ist noch nicht sicher.

Die Einrichtung einer eigenen Task Force in Blumenthal wurde abgelehnt, weil es auf Stadtebene schon eine gibt.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 5: Berichterstattung gemäß dem Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz (Vorlage Nr. 144/15)

Zunächst führt Herr Staatsrat Frehe in den Tagesordnungspunkt ein und empfiehlt allen Anwesenden den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zur Lektüre.

Herr Stegmann von der LAG Selbsthilfe bittet für die nächste Legislatur um einen ausführlicheren Bericht über die dann umgesetzten Maßnahmen. Dies sagt Herr Staatsrat Frehe zu.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Vorlage der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen vom 20.02.2015 zur Kenntnis.

TOP 6: Budget für Arbeit: Modellprojekt zur Förderung behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (Vorlage Nr. 145/15)

Herr Staatsrat Frehe führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er geht davon aus, dass das Budget für Arbeit im Bundesteilhabegesetz verankert werden wird. Deshalb wird für Bremen eine dreijährige Modellphase vorgeschlagen. Damit wurde auch ein wichtiges Projekt aus dem Koalitionsvertrag abgearbeitet.

Herr Schmidtman (Fraktion B'90/Die Grünen), Frau Schmittke (Fraktion der SPD), Frau Gröhnert (Fraktion der CDU) und Herr Erlansson (Fraktion Die Linke) begrüßen jeweils für ihre Fraktion, dass das Modellprojekt jetzt an den Start gehen wird. Herr Stegmann von der LAG Selbsthilfe berichtet, dass sich die Behindertenverbände ebenfalls freuen, jetzt 3 Jahre Erfahrungen sammeln zu können.

Rückfragen der genannten Personen beantwortet Herr Staatsrat Frehe.

Frau Schmittke (Fraktion der SPD) beantragt eine Erweiterung des Beschlussvorschlages um eine Evaluation nach 2 Jahren.

Einstimmiger Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Einführung des Modellprojekts „Budget für Arbeit“ nach Maßgabe der in der Anlage beigefügten Fördergrundsätze sowie der Finanzierung aus Mitteln der Eingliederungshilfe mit einem Volumen von bis zu 439.944,- Euro für die Modellphase 2015-2018 **zu**.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 439.944,- Euro zu und ermächtigt die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zur weiteren haushaltsrechtlichen Umsetzung.
3. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen nach 2jähriger Laufzeit des Modellprojektes „Budget für Arbeit“ um eine Evaluation und um entsprechende Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend.

TOP 7: Entwurf für eine Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) (Vorlage Nr. 137/15)

Ausgesetzt.

TOP 8: Fachkräftemangel in der Altenpflege stoppen! Ausbildungsplatzanzahl erhöhen! (Antrag der Fraktion der CDU vom 14.10.14, Drs. 18/1580) (Vorlage Nr. 146/15)

Die Verwaltung gibt zunächst einige Erläuterungen zum Tagesordnungspunkt. Herr Staatsrat Frehe ergänzt, dass eine Erhöhung aus 250 Erstausbildungsplätze ein enormer Kraftakt und das erklärte Ziel der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Prigge (Fraktion der SPD), Frau Grönert (Fraktion der CDU), Herr Schmidtman (Fraktion B'90/Die Grünen), Herr Öztürk (Fraktion der SPD) und Herr Erlansson (Fraktion Die Linke).

Die Verwaltung erläutert auf Nachfrage, dass derzeit noch keine Aussage getroffen werden kann, wann die generalistische Pflegeausbildung kommen wird. Es liegt noch kein Referentenentwurf vor. Wenn sie kommt, werde es aber auch einen Ausbildungsfonds geben.

Eine im Ausland erworbene Krankenpflegefachausbildung kann anerkannt werden, eine Ausbildung in der Altenpflege nicht. Unsere Altenpflegeausbildung ist europaweit einmalig.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) beantragt eine getrennte Abstimmung des Beschlussvorschlages.

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zum Antrag der Fraktion der CDU vom 14.10.2014 (Drucksache 18/1580) zur Kenntnis und bittet einstimmig um Weiterleitung des Berichts an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bittet den Senat einstimmig, die Finanzierung einer Erhöhung der Ausbildungsplatzzahlen in der Altenpflege weiter zu prüfen.
3. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion der SPD und von B'90/Die Grünen der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion der CDU vom 14.10.2014 (Drucksache 18/1580) „Fachkräftemangel in der Altenpflege stoppen! Ausbildungsplatzanzahl erhöhen!“ abzulehnen.

TOP 9: Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Vorsitzender

Stellvertr. Sprecherin

Protokollführerin

Anlage

- Übersicht über Mutter-Kind-Einrichtungen im Land Bremen zu TOP 1

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

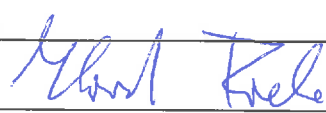
Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend	Sitzung am: 05.03.2015	Sitzungsort: Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
---	------------------------	--

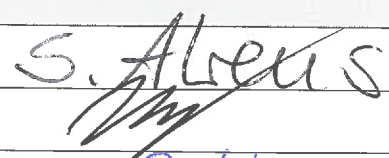

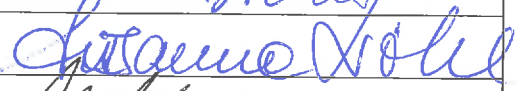
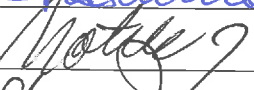
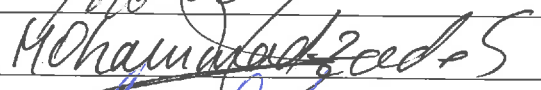

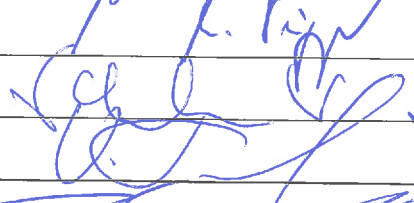
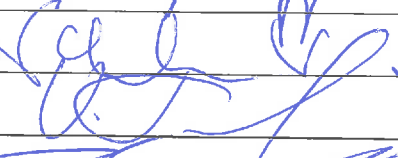
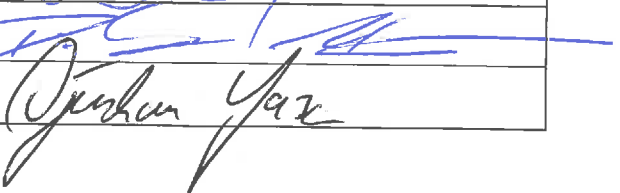
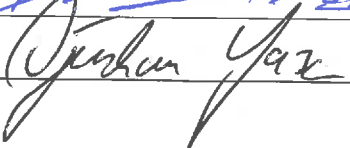
ANWESENHEITSLISTE

Beginn der Sitzung: 14³⁰ Uhr

Ende der Sitzung: 15⁴⁰ Uhr

Mitglieder der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	
Staatsrat Horst Frehe	

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU	
Erlanson, Peter (MdBB) Die Linke	
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	
Kröhl, Susanne (Dep.) SPD	
Möhle, Klaus (MdBB) SPD (Sprecher)	
Dr. Mohammadzadeh, Zahra (MdBB) B'90/Die Grünen	
Öztürk, Patrick (MdBB) SPD	
Prigge, Rolf (Dep.) SPD	
Prigge, Rolf (Dep.) SPD	
Dr. Schlenker, Stephan (MdBB) B'90/Die Grünen	
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	
Wendland, Susanne (MdBB) B'90/Die Grünen (stellvertr. Sprecherin) <i>v. Schmidtmeun Dink</i>	
Dr. Yazici, Oguzhan, (MdBB) CDU	

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend	Sitzung am: 05.03.2015	Sitzungsort: Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
---	------------------------	---

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Name	Name
Dr. David Lütkef	
h. Karl. Vind	
Dr. Karl Proxhe	
Mischa Kahn	
Felix Priesmeier	
Sabine G. Mewatz	
Bard V. S. S. S.	
Dr. Dorothea Repp	

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Dieter Stigmann	LAG Selbsthilfe e.V.
Margitta Schmidtke	SPD, ^{Stadt} Land , MdBB
Ruben Aytas	SPD, MdBB
Petra Krämpfer	SPD MdBB
Andreas Seele	ZEV - Bre

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend	Sitzung am: 05.03.2015	Sitzungsort: Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
---	------------------------	---

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Bertold Reetz	JM / IDW
Inge Gräfe-Heigl	Sitz ord. Dritte, des Paritätischer
Wolfgang Luz	Paritätischer Wohlfahrtsverband
A. Valli	Der Paritätische
J. Seiwald	Seniorenvertretung

Anlage zum Protokoll über die Sitzung der
 Staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und
 Jugend am 05.03.2015 zu TOP 1

Mutter - Vater - Kind Einrichtungen in Bremen

Träger	Einrichtungstyp	Aufnahmealter	Anzahl der Plätze
Haus Bethanien	§ 19 SGB VIII stationär ohne 24 Std.	ab 16 Jahre	15
Haus Lea	§ 19 SGB VIII stationär ohne 24 Std.	ab 17 J.-35J	6
Kriz Casa Luna	§ 34 SGB VIII 24 Std. Betreuung	ab 13 J.-18 J.	7
Kriz Villa Anker	§ 19, § 34 SGB VIII 24 Std. Betreuung	ab 16J.-27 J.	8
Kriz Kamerunstr.	§ 34 ambulantes Apartmentwohnen	ab 16 J. - 21 J.	6
Caritas St. Johannis	§ 34 SGBVIII Appartm.wohnen in stationärer JGW	ab 16 J.	2
AfJ Buntentorstr.	§ 19, § 34 SGBVIII ambul. Apartmentwohnen	ab 16. J.- 21 J.	3
Gesamtzahl			47

Mutter - Vater - Kind Einrichtungen in Bremerhaven

Hamme Lou	§ 34 SGBVIII Intensiv-Wohngruppe		3
Hamme Lou	§ 34 SGBVIII Wohngemeinschaft	ab 15 J.	5
Hamme Lou	§ 19, § 34 SGBVIII Appartmenthaus		6
Klippe	Einzelappartments ambulante Betreuung		5
Gesamtzahl			19

Es gibt neun Einrichtungen im Land Bremen, davon wurde Hamme Lou als eine Einrichtung mit mehreren Angeboten gezählt.
 Es stehen im Land Bremen insgesamt **66 Plätze** für junge Schwangere oder Mütter mit Kindern unter sechs Jahren zur Verfügung.